

Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF) vom 02. Juli 2009: Stärkung des Tourismus - ohne neue Steuer (2015.SR.000304)

In der Stadtratssitzung vom 12. November 2015 wurde Punkt 1 der Motion Fraktion FDP erheblich erklärt. Gleichzeitig wurde Punkt 2 der Motion in ein Postulat umgewandelt und als Postulat erheblich erklärt:

Der Tourismus ist für den Standort Bern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er trägt mit einer Wertschöpfung von 920 Mio. Franken pro Jahr und einer Beschäftigungswirkung von 6.2% wesentlich zur Entwicklung unserer Stadt bei. Die Vermarktung von Bern als bereisenswerte Destination sowie das Anwerben von Veranstaltern jeglicher Art wird durch Bern Tourismus (BET) ausgeführt. BET erhält dafür aktuell rund 880'000.00 Franken jährlich aus der Stadtkasse.

Bern ist allerdings nicht die einzige Stadt, welche den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor identifiziert hat. Entsprechend intensiv ist der Wettbewerb zwischen den Städten, aber auch unter den Tourismusdestinationen generell. Soll Bern seine Stellung als attraktive Touristenstadt behalten oder gar noch ausbauen, ist eine verstärkte Vermarktung unumgänglich. Dies wird auch vom Gemeinderat

anerkannt, entsprechend schlägt er vor, BET mit mehr finanziellen Mitteln (rund 1 Mio. Franken jährlich) auszustatten.

Die Fraktion FDP begrüsst die Absicht des Gemeinderates, die Tourismusbranche zu stärken und BET künftig mit mehr Mittel zu alimentieren. Wir lehnen aber die Schaffung einer zusätzlichen Gewerbesteuer klar ab. Mag der Gemeinderat auch verharmlosend von einer „Förderabgabe“ sprechen, das Resultat ist klar: Einmal mehr werden die lokalen KMU zur Kasse gebeten. Dies macht Bern – leider einmal mehr – für Gewerbetreibende unattraktiv, einmal mehr laufen wir Gefahr, dadurch weitere Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu verlieren.

Um in der hart umkämpften Tourismusbranche trotzdem bestehen zu können, soll der Gemeinderat im

Interesse der Stadt anstelle einer zusätzlichen Steuer die Erhöhung der jährlichen Subventionsbeiträge für BET um 1 Mio. Franken ins Auge fassen. Die Erhöhung der Subventionszahlungen um 1 Mio. Franken entspricht 0.1% des städtischen Budgets, entsprechend sollte es möglich sein, diese durch Minderausgaben zu kompensieren.

Die Fraktion FDP beauftragt den Gemeinderat:

- Mit Bern Tourismus unverzüglich Verhandlungen über einen neuen Leistungsvertrag aufzunehmen. Dabei wird eine Erhöhung der Leistungsabgeltung von max. CHF 1 Mio. angestrebt.
- Die Mehrausgaben werden verwaltungsintern durch Minderausgaben kompensiert.

Bern, 2. Juli 2009

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Philippe Müller, Dolores Dana, Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Pascal Rub

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 12. November 2015 beschlossen, nicht auf das Reglement über die Tourismusförderungsabgabe einzutreten. Die Diskussion um die Ablehnung hat aber gezeigt, dass es mehr Mittel braucht im Bereich des Tourismus sowie eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Bereich der Standortvermarktung. In der gleichen Sitzung hat der Stadtrat von der schriftlichen Antwort des Gemeinderates auf die Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Stärkung des Tourismus - ohne neue Steuer Kenntnis genommen. Mit SRB Nr. 2015-507 hat er Punkt 1 der Motion erheblich erklärt sowie Punkt 2 in ein Postulat umgewandelt und als Postulat erheblich erklärt.

In seiner Beratung zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2017 - 2020 vom 9. Juni 2016 hat der Stadtrat der Planungserklärung Nr. 14 der Finanzdelegation „Auf die Erhöhung des Basisbeitrags um Fr. 1 000 000.00 ab Planjahr 2018 ist zu verzichten.“ zugestimmt, d.h. er hat mit SRB Nr. 2016-313 beschlossen, dass auf die Erhöhung des Basisbeitrages um Fr. 1 000.000.00 ab Planjahr 2018 zu verzichten ist. Er hat dadurch ein widersprüchliches Signal zu seinem ursprünglichen Beschluss vom 12. November 2015 gesandt.

Mit GRB Nr. 2016-1166 vom 23. August 2016 hat der Gemeinderat beschlossen, die Planungserklärung derart umzusetzen, dass im IAFP 2018 - 2021 auf die Erhöhung des Basisbeitrags um Fr. 1 000 000.00 ab Planjahr 2018 zu verzichten ist, ab Planjahr 2019 aber eine Beitragserhöhung um Fr. 530 000.00 vorzusehen ist. Er ist der Auffassung, dass sich die Planungserklärung nicht direkt gegen die Erhöhung des Basisbeitrags von Bern Tourismus richtet, jedoch die Anpassung viel mehr an die Leistungsverhandlungen für den neuen Leistungsvertrag mit der Tourismusorganisation ab 2019 geknüpft wird. Die Umsetzung dieser Forderung des Stadtrats führt dazu, dass dem Tourismus in der Stadt Bern wieder die Unterstützung zukommt, die er 1997 erhalten hat (1.4 Mio. Franken). Tourismus, Standortbewirtschaftung und Standortförderung sollen näher zusammenrücken und Synergien optimal ausschöpfen, um Bern als hochwertige Tourismus- und Veranstaltungsdestination zu positionieren. Dies soll dadurch ermöglicht werden, dass Bern Tourismus und eine neu mit Bern Tourismus, Hotellerie Bern Mittelland, Gastro Stadt Bern, BERNcity und Stadt Bern zu gründende Veranstaltungsgesellschaft unter ein gemeinsames Holdingdach gestellt werden: Bern Welcome. Der Gemeinderat wird demnach die ab 2019 zusätzlich eingestellten Mittel von Fr. 530 000.00 in den neuen Leistungsvertrag einflechten.

Die zusätzlichen Mittel werden somit benötigt, um die Standortvermarktung von Bern als Kultur- und Sportstadt, als Ort für Messen und Kongresse und Tourismusdestination zu verstärken. Einerseits soll ein Teil der Mittel als Start-up-Hilfe in den Betrieb der neuen Veranstaltungsgesellschaft fließen, um die Akquise und Durchführung von Events und die Belebung der Innenstadt zu verbessern, andererseits soll die Kommunikation und Information mittels Relaunchs der Internetseite von Bern Tourismus noch kundenfreundlicher gestaltet werden. Im Weiteren sollen die Mittel zur gezielten touristischen Aufwertung der Innenstadt eingesetzt werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Im Rahmen der Budgetverhandlungen soll eine Kompensation der Mehrausgaben ab 2019 von Fr. 530 000.00 stadintern angestrebt werden. Der Stadtrat hat zudem die Möglichkeit, im Rahmen der Budgetberatung die Kompensation festzulegen.

Bern, 16. November 2016

Der Gemeinderat